

Das Jahr 1931 – Die Weimarer Republik am Scheideweg

Dr. Reiner Zilkenat

(Dieser Text erschien ursprünglich in: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE; Heft 3/2006)

Das Jahr 1931 begann mit dichtem Schneetreiben und dem Einbruch einer Kältewelle in fast allen Regionen Deutschlands. Aber nicht nur das Thermometer sank weit in den Minusbereich, sondern auch die Stimmung bei den Arbeitern und Angestellten, den kleinen Landwirten und Kaufleuten sowie bei den inzwischen mehr als 4 Millionen Erwerbslosen hatte einen Tiefpunkt erreicht und wurde immer stärker von Existenzängsten geprägt. Das Wort „Krise“ wurde zum Wort des Jahres, zum Begriff, der häufiger als alle anderen Vokabeln zur Charakterisierung der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland benutzt wurde.

Das Ende der „goldenen zwanziger Jahre“

Seit dem „Schwarzen Freitag“, der am 25. Oktober 1929 an der New Yorker Börse zu einem bis dahin nicht für möglich gehaltenen Absturz der Aktienkurse geführt und die in der Geschichte des Kapitalismus bedrohlichste internationale Wirtschaftskrise ausgelöst hatte, war auch in Deutschland die Zeit der „goldenen zwanziger Jahre“ abrupt beendet worden.¹ Eine sich immer schneller entwickelnde Massenarbeitslosigkeit, der Ruin Tausender kleiner und mittelständischer Existenzen, aber auch der drastische Produktionsrückgang bei Großunternehmen, waren seitdem an der Tagesordnung.

Mehr noch: 1931 wurde das Jahr, in dem die Verelendung bedeutender Teile der Arbeiterklasse traurige Realität wurde. Hunger, die Furcht vor der Zwangsexmittierung, eine immer stärker empfundene Perspektivlosigkeit und das Gefühl von Millionen, zu den Ausgestoßenen, den „Überflüssigen“ der Gesellschaft zu zählen, breiteten sich aus.² Kaum ein

¹ Unüberschaubare Vorboten einer ökonomischen Krise existierten in der Weimarer Republik allerdings schon vor dem Herbst 1929. Dazu gehörten u.a. eine seit 1927/28 deutlich anwachsende Arbeitslosigkeit, der zeitgleiche Anstieg von Kurzarbeit und rückläufige Investitionen, besonders in der Konsumgüterindustrie, sowie eine Abschwächung der Binnenkonjunktur. Ein hohes Zinsniveau verursachte den Zufluss großer Mengen vor allem kurzfristig geliehenen Geldes aus dem Ausland, das von den deutschen Kreditnehmern allerdings vornehmlich langfristig angelegt wurde. Über endogene Ursachen der Wirtschaftskrise in Deutschland und die Möglichkeiten ihrer Abmilderung bzw. Überwindung entfaltete sich in der Historiographie der BRD seit 1979 ein heftiger Streit, die sog. Knut-Borchardt-Kontroverse. Dabei ging es u.a. um die Frage, ob für die Brüningssche Deflationspolitik eine reale Alternative existiert habe (Keynesianisches deficit spending?) und ob eine angeblich zu expansive Sozial- und Lohnpolitik in den zwanziger Jahren zur Verschärfung der ökonomischen Krisis am Ende der Weimarer Republik geführt hätte. Einen ersten Eindruck zu dieser überaus bedeutsamen Debatte, die vielleicht nicht ganz zufällig in der Endphase der sozial-liberalen Koalition in Bonn ihren Ausgang nahm, vermittelt Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2000, S. 69ff. (mit entsprechenden Literaturhinweisen). Für eine vergleichende Perspektive überaus anregend ist in diesem Zusammenhang Claudia Kaiser, *Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit und Politische Stabilität. Deutschland und Großbritannien in der Weltwirtschaftskrise seit 1929*, Frankfurt a.M. 2002, die auch Borchardts Thesen und die seiner Kritiker intensiv diskutiert (Rez. in: Rundbrief, hrsg. v. d. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, H. 1/2004, S. 45ff.).

² Gelegentlich wurden die Kranken und Schwachen in den Publikationen der Unternehmerverbände geradezu verhöhnt. So hieß es z.B. in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“: „Die Hilfe für den Schwachen ist an sich überhaupt nicht sozial, sie wird es erst, wenn und insoweit die Stützung und Stärkung des Schwachen im Gesamtinteresse liegt und erfolgt. Wenn der Schwache auf Kosten, zum Schaden des Ganzen geschützt und gestützt wird, so ist das sogar eine ausgesprochen antisoziale Handlungsweise. Der Fortschritt der Gesellschaft wird nicht nur dadurch gefördert, dass den Nachzüglern geholfen wird, sondern vielleicht manchmal noch mehr dadurch, dass Führer herangezogen werden. Unter Umständen kann es sogar im Interesse des Ganzen liegen, als

anderer hat diese Stimmungen so präzise und einfühlsam geschildert wie der Schriftsteller Hans Fallada in seinem Roman „Kleiner Mann, was nun?“

Einige Zahlen mögen das Ausmaß der sich ausbreitenden ökonomischen Krise und ihrer Folgen im Jahre 1931 veranschaulichen. Die Industrieproduktion sank von 100 Prozent im Basisjahr 1928 auf 70,6 Prozent 1931.³ Allein in den Siemens-Werken, dem damals zweitgrößten Metall- und Elektrokonzern der Welt, sank der Bestelleingang vom Geschäftsjahr 1929/30 bis zum Geschäftsjahr 1931/32 um mehr als die Hälfte.⁴ Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 2,851 Millionen im Dezember 1929, über 4,384 Millionen im Dezember 1930 bis auf 5,668 Millionen im Dezember 1931. Besonders alarmierend war die Struktur der Erwerbslosen. Während im März 1931 noch 48,8 Prozent von ihnen die gesetzliche **Arbeitslosenunterstützung** erhielten, waren es ein halbes Jahr später nur noch 30,9 Prozent. Damals endete nach maximal 39 Wochen der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Danach erhielten die Erwerbslosen die so genannte **Krisenfürsorge**, sofern die Bedürftigkeitsprüfung, die das Einkommen und Vermögen aller im Haushalt lebenden Personen betraf, erfolgreich überstanden wurde. Maximal 45 Wochen lang wurde dann für die ehemals in unteren Lohngruppen tätig gewesenen Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitslosenunterstützung weitergezahlt. Die Facharbeiter und solche Angestellte, die in oberen Lohngruppen eingeordnet worden waren, mussten Abschlüsse hinnehmen.

Am Ende stand den Erwerbslosen die Auszahlung der **Wohlfahrtsunterstützung** bevor, die von den Gemeinden finanziert wurde. Diese Leistungen orientierten sich am ortsüblichen Durchschnittslohn für ungelernete Arbeiter. Es bestand auch die Möglichkeit, Sachleistungen an Stelle von Geldbeträgen auszureichen. Allein vom März bis zum September 1931 stieg die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten von 19,8 auf 27,7 Prozent aller gemeldeten Arbeitslosen! In Berlin sank der monatliche Richtsatz für ein von der kommunalen Wohlfahrt abhängiges Ehepaar von 64,50 RM (1930), über 63 RM (1931) auf schließlich 55,50 RM (1932). Im Jahresdurchschnitt waren in der deutschen Hauptstadt 1929 32.000, 1930 101.000 und 1931 185.000 Menschen von der Wohlfahrtsunterstützung abhängig.⁵

Zugleich wurde mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten die Zahl der Empfangsberechtigten immer weiter eingeschränkt und die Bezugsdauer der staatlichen Leistungen verkürzt. Im Ergebnis dieser Politik waren im September 1931 von den 4,355 Millionen gemeldeten Erwerbslosen bereits 15,2 Prozent, d.h. mehr als 650.000, ohne jede öffentliche Zuwendungen! Ihre Zahl sollte sich bis zum September 1932 mit mehr als 1,1 Millionen betroffenen Personen fast verdoppeln.

gerade aus echt sozialen Gründen geboten sein, dass die Nachzügler absichtlich geopfert werden, um die schrittmachenden Führer halten zu können.“ Prof. Dr. E. Günther, Was ist sozial? Nicht Mitleid mit dem kranken Glied, sondern Sorge für die Gesundheit des Ganzen ist Aufgabe der Sozialpolitik, in: Die Arbeitgeber-Zeitung, Nr. 27, 6.7.1930.

³ Zum Folgenden vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, 51. Jg., 1932, Berlin 1932, S. 290ff. u. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin u. Bonn 1987, S. 19ff. Die Angaben zur Arbeitslosigkeit in den Dezember-Monaten 1929, 1930 und 1931 nach Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 1985, S. 165f.

⁴ Die entsprechenden Daten für die Auftragseingänge lauteten: Siemens- und Halske AG: 1928/29 100 Prozent; 1931/32 54,2 Prozent; Siemens-Schuckert-Werke: 1928/29 100 Prozent; 1931/32 33,9 Prozent. Vgl. Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag, a.a.O., S. 166f.

⁵ Vgl. Bruno Asch, Berliner Gemeindefinanzen, in: Der deutsche Volkswirt. Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, 6. Jg., Nr. 33, 13.5.1932, S. 1081ff. Der Autor war Stadtkämmerer in Berlin.

Währenddessen wurden die Tariflöhne herabgesetzt, verfügte die Reichsregierung mit Hilfe von Notverordnungen die Senkung der Gehälter und Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.⁶

Für die verbandsoffizielle Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gab es für die Millionenmassen der Erwerbslosen nur Hohn und Spott. Hier hieß es unter der programmatischen Überschrift „Lastensenkung trotz Arbeitslosenunterstützung“: „Zwar leidet der ordentliche Arbeiter auch heute darunter, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert, es gibt aber nur zu viele, die mit größtem Gleichmut die Kündigung hinnehmen. Was haben sie auch auszustehen, wenn sie außer ihrer öffentlichen Unterstützung noch den Gewerkschaftsbeitrag und weitere Vergünstigungen durch die Fürsorge erhalten?“⁷

Drohender Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs – Die Bankenkrise

Eine besonders große Verunsicherung in allen Teilen der Bevölkerung verursachte im Sommer 1931 die Bankenkrise.⁸ Wegen der Zahlungsunfähigkeit der damals bedeutenden Darmstädter und Nationalbank (DaNat-Bank) sowie der drohenden Insolvenz weiterer Kreditinstitute, darunter der Commerzbank und der Dresdner Bank, verfügte die Reichsregierung am 14. und 15. Juli so genannte Bankfeiertage, an denen es nicht möglich war, Geld abzuheben oder zu transferieren. Vor den verschlossenen Eingängen der Banken bildeten sich große Menschenmengen, in einigen Fällen musste Polizei die aufgebrachte Menge auseinander jagen. Zugleich wurden vor allem bei kleinen Sparern Währungs- und Inflationsängste provoziert. Die sich überschlagenden Nachrichten über die massenhafte Kündigung von Auslandskrediten und den dadurch bewirkten Abfluss von Devisen, die Befürchtung, am Ende könnte der Zahlungsverkehr in Deutschland zusammenbrechen, führten zu teilweise panikartigen Ängsten. Nur durch staatliche Zwangsmaßnahmen, darunter die faktische Verstaatlichung einiger Kreditinstitute, konnten die drohenden Gefahren abgewendet werden.

Massenarbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsabbau, Firmen- und Bankenzusammenbrüche, Währungsprobleme, eine immer mehr sich ausbreitende Verelendung: Das war der Nährboden, auf dem die Nazipartei Adolf Hitlers innerhalb kürzester Zeit zu einer Massenpartei und -bewegung heranwachsen und schließlich zur stärksten politischen Kraft in Deutschland werden konnte.

Die NSDAP entwickelt sich zur stärksten politischen Kraft

Am 14. September des vorangegangenen Jahres hatte es einen politischen Paukenschlag gegeben, der weit über Deutschland hinaus größte Aufmerksamkeit und Ängste hervorgerufen hatte. Die bislang eher unbedeutende Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) hatte bei den Reichstagswahlen völlig unerwartet 18,3 Prozent der Wählerstimmen erzielt und war nach der SPD mit 107 Abgeordneten zur zweitstärksten Fraktion avanciert!

⁶ Vgl. hierzu die sehr ausführlichen Angaben über die Entwicklung von Löhnen und Gehältern im Jahre 1931, aufgeschlüsselt nach einzelnen Branchen und teilweise auch nach Regionen bzw. Städten, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 51. Jg., 1932, a.a.O., S. 267ff. Zur Tarifpolitik in der Weimarer Republik, besonders zur Rolle des Staates, vgl. Johannes Bähr, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik.

Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919-1932, Berlin 1989.
⁷ Dr. H. Preußler, Lastensenkung trotz Arbeitslosenunterstützung, in: Der Arbeitgeber, 20. Jg., 1930, Nr. 18, S. 515.

⁸ Zur Bankenkrise 1931 vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe, a.a.O., S. 366ff. u. 382ff. Vgl. auch Kurt Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971, S. 355ff. u. Heinz Habedank, Die Reichsbank in der Weimarer Republik. Zur Rolle der Zentralbank in der Politik des deutschen Imperialismus 1919-1933, Berlin 1981, S. 207 ff.

Zum Vergleich: Noch bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 konnten die Nazis ganze 2,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, zählte ihre Fraktion nicht mehr als 12 Mitglieder.⁹

Die Hochburgen der NSDAP lagen bei den September-Wahlen 1930 in Schleswig-Holstein (27 Prozent), Pommern (24,3 Prozent), Breslau (24,2 Prozent) und in Chemnitz-Zwickau (23,8 Prozent). Auch im proletarisch strukturierten Berlin – dort erzielten die KPD 37,7 und die SPD 23,8 Prozent der abgegebenen Stimmen – konnten die Nazis mit 12,8 Prozent der Wählerstimmen mehr als nur einen Achtungserfolg erringen.¹⁰

Auch in den Ländern und Gemeinden konnte die faschistische Partei große Zuwächse ihres Wählerpotenzials verzeichnen.¹¹ So stellte die NSDAP z. B. im Ergebnis der Wahlen zum Sächsischen Landtag im Juni 1930 die zweitstärkste Fraktion – nach der SPD und noch vor der KPD –, während sie bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 1931 mit 26,2 Prozent der abgegebenen Stimmen nur knapp hinter der SPD lag, die 27,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Bei den hessischen Landtagswahlen am 15. November 1931 gelang es der Hitlerpartei dann sogar, die stärkste Fraktion zu stellen. Während sie in der vorangegangenen Legislaturperiode nur einen einzigen Abgeordneten entsenden konnte, waren es jetzt 27, während die SPD lediglich 15, die KPD 10 Mandate erringen konnten.

Es blieb aber nicht bei bloßen Wahlerfolgen: In Braunschweig (Oktober 1930 bis Januar 1933) und in Thüringen (Januar 1930 bis April 1931) übte die NSDAP mittlerweile sogar Regierungsverantwortung aus. So amtierte der 1946 in Landsberg am Lech als Kriegsverbrecher hingerichtete Reichsinnenminister des Nazi-Regimes, Wilhelm Frick, 1930/31 bereits als Innen- und Volksbildungsminister Thüringens!¹² Ungeachtet seines ministeriellen Amtes drohte Frick seinen politischen Gegnern wiederholt und in aller Öffentlichkeit mit Terrorakten nach einer faschistischen Machtübernahme. So erklärte er im September 1931 auf einer Nazi-Versammlung in Wuppertal: „Wir Nationalsozialisten werden, falls wir die Macht haben, innerhalb 24 Stunden mit dem roten Mordsgesindel aufräumen!“¹³

Zeitgleich mit den großen Wahlerfolgen der NSDAP terrorisierten die Schlägerkolonnen der so genannten Sturmabteilungen (SA) auf offener Straße, nicht zuletzt in der Hauptstadt Berlin, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aber auch jüdische Bürgerinnen und Bürger. Es bildeten sich Zustände in Berlin sowie in anderen Städten Deutschlands heraus, die bürgerkriegsähnlichen Charakter trugen.¹⁴

⁹ Zur herausragenden politischen Bedeutung der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 vgl. Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934*, Frankfurt a.M. 1986, S. 42ff. u. Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe, a.a.O.*, S. 189ff. Zu den Wahlergebnissen vgl. Jürgen Falter, Thomas Lindenberger u. Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933*, München 1986, S. 41ff. Die Wahlbeteiligung lag am 14. September 1930 übrigens bei 82 Prozent!

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 72.

¹¹ Zu den Ergebnissen der NSDAP bei den Kommunal- und Landtagswahlen seit 1929/30 vgl. Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe, a.a.O.*, u.a. S. 157, 433 u. 446 und (zu Sachsen, Hamburg und Hessen) die Angaben in: Schulthess' *Europäischer Geschichtskalender*, hrsg. v. Ulrich Thürauf, N.F., 46. Jg., 1930, München 1931, S.147 u. ebenda, N.F., 47. Jg., 1931, München 1932, S. 208 u. 253 sowie Jürgen Falter u.a., *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, a.a.O.*, S.94f. u. 108.

¹² Dr. Wilhelm Frick war zugleich seit den Reichstagswahlen im Mai 1928 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Deutschen Reichstag.

¹³ *Völkischer Beobachter*, Nr. 275, 2.10.1931, Bericht über eine Versammlung der NSDAP am 29. September 1931 in Wuppertal.

¹⁴ Vgl. Reiner Zilkenat, *Die SA – Bürgerkriegsarmee und Massenorganisation des deutschen Faschismus*, in: *Rundbrief*, hrsg. v. d. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, H. 4/2004, S. 29ff. Zur „Bürgerkriegslage“ am Beginn der dreißiger Jahre vgl. das vergleichende, voluminöse Standardwerk von Sven Reichhardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der*

Der „Kampf um die Straße“, das aggressive Eindringen in proletarische Quartiere, die Schaffung von Stützpunkten in Form von SA-Lokalen und –Heimen, die Versuche, Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen der Arbeiterbewegung, zuvörderst der KPD, zu stören oder durch die Anwendung von physischer Gewalt, die auch Tote billigend in Kauf nahm, zu verhindern, der individuelle Terror gegen Repräsentanten der Arbeiterorganisationen – vor allem darin bestanden die Aktivitäten der SA.

Parallel mit dem Wachstum des Wählerpotenzials der NSDAP wuchs auch die Mitgliederstärke der Sturmabteilungen. So verdreifachte sich die Zahl der SA-Angehörigen von Januar bis Dezember 1931 von 88.000 auf 260.000. In Berlin hatte nach Informationen, die dem Reichsministerium des Innern vorlagen, die SA im Oktober 1931 3.557, im darauffolgenden Monat 4.024 Mitglieder.¹⁵

Zugleich veränderte sich mit dem stürmischen Wachstum der Nazibewegung das geistige Klima in der Weimarer Republik. Bei immer mehr Intellektuellen, zumal bei der wachsenden Zahl erwerbsloser Akademiker, aber auch unter den Studenten, machten sich „Absetzbewegungen“ in Richtung Faschismus bemerkbar. So konnte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) bei den Wahlen zu den Allgemeinen Studentenausschüssen die Stimmen zahlreicher Kommilitonen auf sich vereinen. Zum Beispiel an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg erzielte der NSDStB bereits 1929 38 Prozent, an der Tierärztlichen Hochschule Berlin 30 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Jahr darauf waren es 66,6 bzw. 50 Prozent der Kommilitonen dieser Hochschulen, die zugunsten der faschistischen Studentenorganisation votierten.¹⁶ Der auf die Weimarer Republik gemünzte Satz „Der Geist steht links!“ verlor allmählich seine Existenzberechtigung.

Der Schriftsteller Klaus Mann charakterisierte diese Entwicklungen in seinen Erinnerungen mit den Worten: „Das Gift kulturfeindlicher Reaktion korrumpierte nicht nur das politische Leben, sondern begann auch schon, auf die Gesinnungen und Ideen der so genannten ‚liberalen‘ Intelligenz zersetzend einzuwirken. Der Blut-und-Boden-Kult, die bösertige Akzentuierung biologischer Werte auf Kosten der geistigen, die Überschätzung des Instinktes und der Intuition samt der dazugehörigen Unterschätzung der Kritik, all diese Symptome der faschistischen Infektion ließen sich nicht nur in der rechtsradikalen, nationalistischen Presse konstatieren, sondern auch im anspruchsvollen Jargon modischer Philosophen und Literaten.“¹⁷

Bei alledem stellt sich die Frage nach den Handlungen der damals Regierenden, besonders des Reichskanzlers und seines Kabinetts. Gingen von ihnen Aktivitäten aus, die eine weitere Vertiefung der ökonomischen, sozialen und politischen Krise der Weimarer Republik verhindern und perspektivisch zu einer Überwindung der Krisensituation führen konnten? Wie reflektierten sie die Bedrohung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch den immer erfolgreicher agierenden Faschismus? Welchen Einfluss hatten die hinter den Kulissen emsig agierenden, mächtigen Exponenten des Finanzkapitals?

In der Geschichtsschreibung haben diese Fragestellungen bis auf den heutigen Tag zahlreiche, zum Teil leidenschaftlich geführte Kontroversen ausgelöst, bei denen es im Kern stets um das Problem von alternativen Entwicklungsmöglichkeiten der Weimarer Republik seit 1929/30 ging. Anders formuliert: War die Machtübernahme der Faschisten am 30. Januar 1933 das

deutschen SA, Köln u.a. 2002 sowie die neu erschienene Studie von Dirk Blasius, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005.

¹⁵ Zahlenangaben nach Peter Longenrich, Geschichte der SA, München 2003, S. 111 u. 154 sowie: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (im Folgenden: BArch), R 1501/125791, Bl. 426. Kleinere Abweichungen von diesen Zahlen bei Sven Reichhardt, Faschistische Kampfbünde, a.a.O., S. 258.

¹⁶ Vgl. Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 161.

¹⁷ Klaus Mann, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht (1952), 17. Aufl., Reinbek 2001, S. 345.

mehr oder weniger von vornherein angelegte Ergebnis einer „Republik auf Zeit“, beschleunigt durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise? Lag sie in der „Entwicklungslogik“ der ersten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie begründet oder gab es bis zuletzt realistische Chancen, einen alternativen Ausweg aus der Krise zu beschreiten? Vor allem: Welche politischen und gesellschaftlichen Kräfte hätten realistischerweise Träger einer solchen alternativen Entwicklung sein können? Welche Rolle spielten bei alledem die Organisationen der Arbeiterbewegung, in erster Linie die SPD und die KPD?

Die Analyse der Ereignisse des Jahres 1931 kann helfen, einer Antwort auf diese Fragen näher zu kommen.

Heinrich Brüning – Regieren ohne Parlament

Wer über die Vorgeschichte der faschistischen Diktatur reden will, darf von Heinrich Brüning nicht schweigen. „Kein anderer Politiker der Weimarer Republik, von Hitler abgesehen“, so urteilt der Historiker Gerhard Schulz zutreffend, „hat einen so langen historischen Schatten geworfen und wurde, nicht nur in Deutschland, so heftig bekämpft und entschieden anerkannt, genannt, kritisiert und karikiert.“¹⁸

Für den 1885 geborenen Politiker der katholischen Zentrums-Partei, der seine Karriere in der christlichen Gewerkschaftsbewegung begonnen hatte, schlug am 30. März 1930 seine große Stunde. Nachdem das vom Sozialdemokraten Hermann Müller geführte Kabinett der Großen Koalition drei Tage zuvor an unüberbrückbaren Gegensätzen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zerbrochen war¹⁹, ernannte der greise, von obskuren Ratgebern beeinflusste Reichspräsident Paul von Hindenburg Heinrich Brüning, der seit 1929 die Reichstagsfraktion des Zentrums geführt hatte, zum Kanzler.

Der neu amtierende Regierungschef war das genaue Gegenbild des um die Stimmungen und Stimmen von Millionenmassen buhlenden modernen Parteipolitikers. Stattdessen wirkte der im Münsterland aufgewachsene Brüning eher wie ein Gelehrter, asketisch, introvertiert, ohne besondere rhetorische Begabung, in großen Versammlungen, die er eher mied, außerstande, die von anderen politischen Persönlichkeiten seiner Zeit zelebrierte Rolle des Volkstribunen zu spielen. Doch ungeachtet dessen: Heinrich Brüning und seine Politik wird man nur dann verstehen können, wenn zwei Faktoren in Rechnung gestellt werden, die als Basis seines politischen Handelns charakterisiert werden müssen.

Zum einen handelt es sich dabei um sein elitäres, antidemokratisches und antiparlamentarisches Weltbild, das die seit 1918/19 in Deutschland existierende bürgerlich-parlamentarische Demokratie grundsätzlich ablehnte. Als öffentlich nicht zu formulierendes, langfristiges Ziel seiner politischen Handlungen galt ihm die Wiederaufrichtung der Monarchie, vorbereitet durch ein autoritäres, vom Reichstag weitgehend unabhängiges Regime.²⁰ Dabei setzte Brüning auf eine sukzessive Vorgehensweise, die er den Zuhörern bei einer Veranstaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 25. September 1931 folgendermaßen zu erklären versuchte: „Es geht nicht anders, als schrittweise²¹ die Fehler einer langen Vergangenheit in sorgfältiger Abstellung und Überlegung aller einzelnen Phasen, auch mit Rücksicht auf die jeweiligen Veränderungen der Außenpolitik, wieder zu beseitigen...Eine Regierung in so schwerer Stunde hat nicht die Aufgabe, in jedem

¹⁸ Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschlands 1930-1933, Berlin u. New York 1992, S. 1.

¹⁹ Zur langwierigen Vorgeschichte und zu den Ursachen des Zerfalls der Großen Koalition unter Hermann Müller vgl. Gotthard Jasper, Die gescheiterte Zähmung, a.a.O., S. 17ff. u. (aus marxistischer Sicht) Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933, 3. Aufl., Berlin 1978, S. 318ff.

²⁰ Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Band 1, München 1972 (Taschenbuch-Ausgabe), S. 153f.

²¹ Das Wort „schrittweise“ ist im Original gesperrt gedruckt worden.

Augenblick, bei jeder plötzlichen Veränderung sofort mit Radikallösungen einzugreifen. Starke Nerven beruhen im wesentlichen darauf, den richtigen Zeitpunkt zu wählen, die Einsicht der Bevölkerung wachsen zu lassen, manchmal etappenweise, manchmal wiederum schlagartig mit Reformen, die alle Kreise der Bevölkerung treffen, hervorzutreten.“²²

Zum anderen war Brüning von dem Gedanken durchdrungen, dass die Überwindung der Wirtschaftskrise ausschließlich auf Kosten der Lohnabhängigen zu realisieren sei. Im Kern bedeutete dies einen strikten Sparkurs der öffentlichen Hand („Deflationspolitik“), der den Sozialetat des Reiches primär als Manövriermasse für als notwendig erachtete Einsparungen verstand, allgemeine Lohn- und Gehaltskürzungen, die Erhöhung der vor allem die Masse der Bevölkerung drückenden Steuern, die sukzessive Reduzierung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und nicht zuletzt die Schwächung des politischen und gesellschaftlichen Einflusses der Gewerkschaften wie der Arbeiterbewegung insgesamt. Dass dieses Programm tendenziell nur mit Hilfe repressiver Maßnahmen gegen die politische Linke, vor allem die KPD und ihre wachsende Anhängerschaft, durchgeführt werden konnte, verstand sich fast von selbst. Insgesamt bleibt festzuhalten:

Die am 30. März 1930 erfolgte Ernennung Brünings zum Reichskanzler stellte eine bedeutende Zäsur in der Geschichte der Weimarer Republik dar. Da er keine stabile, auch nur annähernd ausreichende Mehrheit im Reichstag für sich mobilisieren konnte, blieb kein anderer Ausweg, als mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung von 1919 zu regieren.²³ Damit wurde das Parlament als die entscheidende Institution zur Beratung und Beschlussfassung von Gesetzen nach und nach ausgehebelt und schließlich zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Folgende Zahlenangaben verdeutlichen diesen unter Heinrich Brüning vorsätzlich eingeleiteten Prozess:

Der Reichstag hatte 1930 noch 94 Plenarsitzungen durchgeführt, 1931 waren es dagegen nur noch 41, im Jahr darauf gerade einmal 13. Die Zahl der Notverordnungen stieg von 5, die 1930 erlassen worden waren, auf 44 im Jahre 1931, während es im letzten Jahr der Weimarer Republik sogar 59 waren. Das Parlament verabschiedete dagegen im Jahre 1931 lediglich 19 Gesetze. Im letzten Jahr der Weimarer Republik hatte der Reichstag seine legislative Arbeit de facto eingestellt, denn nur noch 5 Gesetze konnten am Vorabend der faschistischen Machtübernahme den Reichstag passieren.²⁴

Bedeutete das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit für das Kabinett Heinrich Brüning, dass – abgesehen vom Reichspräsidenten, seiner eigenen Partei, dem Zentrum, sowie den nach den Septemberwahlen 1930 Einfluss verlierenden „bürgerlichen Mittelparteien“²⁵ – keine politischen und gesellschaftlichen Kräfte existiert hätten, die seinen politischen Kurs zu fördern bereit waren? Neben der Beantwortung der Frage, welche Rolle die tonangebenden

²² Abschiedsfeier für den scheidenden Vorsitzenden Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Carl Duisberg am 25. September 1931 im Hotel Esplanade zu Berlin, hrsg. v. Reichsverband der Deutschen Industrie, o.O.u.J., S.17 (ein Exemplar befand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Filmsammlung, Nr. 13974).

²³ Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Bd. 1, a.a.O., S. 170, über Brünings Gespräch mit Hindenburg am 28.3.1930: „Ich bat ihn (Hindenburg-R.Z.) um die Erlaubnis, ein nicht an die Parteien gebundenes Kabinett bilden zu dürfen, und um die Zusage, mir für dieses Kabinett im Notfall die Vollmachten des Artikels 48 zu erteilen.“ Im Übrigen hatte Heinrich Brüning bereits vor seiner Zusage, den Posten des Reichskanzlers zu übernehmen, vom Reichsjustiz- und vom Reichsinnenministerium juristische Gutachten über die Möglichkeit, dauerhaft mit dem Artikel 48 regieren zu können, anfertigen lassen. Vgl. hierzu Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler, a.a.O., S. 15ff.

²⁴ Vgl. Helmut Boldt, Deutsche Verfassungsgeschichte. Politische Strukturen und ihr Wandel, Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1990, S. 249f.

²⁵ Dabei handelte es sich u.a. um die Deutsche Volkspartei (1928 45 Mandate, 1930 30 Mandate), die Deutsche Demokratische Partei (1928 25 Mandate, 1930 20 Mandate), die Bayerische Volkspartei (1928 16 Mandate, 1930 19 Mandate) und die Wirtschaftspartei (1928 und 1930 jeweils 23 Mandate). Das Zentrum stellte 60 Abgeordnete (1928: 62 Mandate).

Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Brüning spielten, ist es von Bedeutung, die Unterstützung in Erinnerung zu rufen, die der neu ernannte Reichskanzler von Seiten der wichtigsten Unternehmerverbände und durch mächtige Exponenten des Finanzkapitals erfuhr.

„...an allen maßgeblichen Stellen die Argumente der deutschen Industrie Anerkennung finden“ (Carl Duisberg)

Die Einflussnahme des deutschen Finanzkapitals, seiner Interessenorganisationen sowie seiner maßgeblichen Repräsentanten auf das politische Geschehen in der Endphase der Weimarer Republik war und ist Gegenstand zahlreicher Publikationen der Geschichtswissenschaft. Auch wenn dabei z.T. grundlegende Differenzen und Kontroversen aufgetreten sind, so herrscht doch in einem Punkt weitgehende Übereinstimmung: Die Umsetzung großindustrieller Interessen durch die Regierungspolitik dürfte kaum jemals größer gewesen sein als zu Zeiten der Kanzlerschaft Heinrich Brünings.

Mit der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929“²⁶, die am 2. Dezember 1929 publiziert worden war, also zu einer Zeit, als die Weltwirtschaftskrise noch in ihren Anfängen steckte und die Große Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller regierte, hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie den Startschuss für einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik abgegeben. Zugleich wurde deutlich, dass die in dieser Denkschrift vorgeschlagenen Maßnahmen eines radikalen Sozialabbaus, ja, eines strikten Rückbaus der gesamten Sozialgesetzgebung, wohl nicht durchsetzbar waren, ohne letztlich die bürgerlich-parlamentarische Demokratie in ein autoritäres Regime umzuwandeln. Sie beinhaltete deshalb immanent auch den Abschied von einer Politik, die großindustrielle Interessen, um des sozialen Friedens willen, mit Hilfe einer in Regierungsverantwortung befindlichen Sozialdemokratie durchzusetzen versuchte. „Es darf nicht halbe, es muss ganze Arbeit sein, die gemacht wird. Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System!“²⁷, formulierte ganz in diesem Sinne der von 1925 bis 1931 amtierende Präsident des RDI und Aufsichtsratsvorsitzende der IG Farben, Carl Duisberg, am 12. Dezember 1929 auf einer Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände propagierte die Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderungen in der sozialen und politischen Architektur der Weimarer Republik. Ihre im darauffolgenden Jahr veröffentlichte Denkschrift „Die Reform der Sozialversicherung – eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ zielte in die gleiche Richtung wie die 1929 vorgelegte Ausarbeitung des RDI.²⁸

Die Führungsgremien des RDI und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände waren 1930/31 der Auffassung, dass der mit Hilfe von Notverordnungen regierende Heinrich Brüning, angesichts einer sich vertiefenden ökonomischen wie politischen Krisis, der am besten geeignete Politiker war, um den umfassenden Sozial- und Demokratieabbau realisieren zu helfen. „Sie können es heute erleben“, so formulierte es dankbar Carl Duisberg, „dass in der Öffentlichkeit und an allen maßgeblichen Stellen die Argumente der deutschen Industrie

²⁶ Vgl. Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Selbstverlag des RDI, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 49). Vgl. auch die entsprechenden Diskussionen auf der RDI-Tagung im September 1929, die diese Denkschrift vorbereiteten:

Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf, Selbstverlag des RDI, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr. 48).

²⁷ Zitiert nach: Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, Göttingen 1981, S. 51.

²⁸ Vgl. Die Reform der Sozialversicherung – eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin 1930.

Anerkennung finden.²⁹ Das bedeutete allerdings keineswegs, dass sowohl öffentlich – vor allem in den einflussreichen Gazetten „Deutsche Allgemeine Zeitung“³⁰ und „Berliner Börsen-Zeitung“³¹, die offen großindustrielle Interessen vertraten – als auch hinter verschlossenen Türen keinerlei Kritik am Kurs Brünings geäußert worden sei, der den maßgeblichen Herren des RDI häufig zu wenig „forsch“ agierte. So lobten führende Repräsentanten des deutschen Finanzkapitals den Reichskanzler in einem Schreiben vom 30. Juli 1931 einerseits dafür, dass er sich „grundsätzlich jeder Rücksichtnahme auf Popularität“ versagt habe und attestierten ihm die grundsätzliche Richtigkeit seines wirtschaftspolitischen Kurses.

Andererseits müsse er dabei „das Tempo beschleunigen“, „der Wirtschaft die Fesseln abnehmen und ihr das Wirtschaften nach den ewig gültigen ökonomischen Gesetzen wieder frei geben, damit sie ihre Kräfte entfalten kann“³².

Wer waren die Persönlichkeiten des Finanzkapitals, die entscheidend dazu beitrugen, dass Brünings politischer Kurs in den tonangebenden Interessenverbänden von Industrie und Banken die notwendige Unterstützung fand?

An erster Stelle zu nennen ist Hermann Bücher, von 1930 bis 1947 (!) Vorstandsvorsitzender der AEG und Präsidiumsmitglied des RDI, mit dem Brüning einen fast freundschaftlichen Umgang pflegte. Bücher hatte sein politisches „Glaubensbekenntnis“ 1927 auf einer gemeinsamen Tagung des RDI und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit den Worten formuliert, dass der Staat nichts weiter sei als „die Generalverwaltung der Wirtschaft“ und zum Zwecke existiere, „Ordnung und Sicherheit im Lande zu schaffen“³³. In seinen Memoiren berichtet Brüning, dass er vor wichtigen Entscheidungen den Rat Büchers einholte und ihn zu sich lud, wenn Notverordnungen des Reichspräsidenten vorzubereiten waren.³⁴ Mehrfach bediente sich Brüning auch seiner Mitwirkung bei außenpolitischen Aktionen. Allerdings lehnte der Topmanager des Elektrokonzerns AEG das ihm 1931 unterbreitete Angebot des Reichskanzlers ab, als Wirtschaftsminister in sein Kabinett einzutreten.

Zu den Parteigängern Brünings zählten ebenfalls Ludwig Kastl³⁵, das Geschäftsführende Präsidiumsmitglied des RDI sowie Paul Silverberg, ein Multifunktionär des deutschen

²⁹ Abschiedsfeier für den scheidenden Vorsitzenden Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Carl Duisberg, a.a.O., S. 33. Paul Silverberg, Vizepräsident des RDI, hatte bereits am 27. November 1930 während einer Tagung des Hauptausschusses des Reichsverbandes in Anwesenheit Brünings erklärt, dass zum „ersten Mal seit 12 Jahren“ von der amtierenden Regierung auf „alle die Warnungen, alle die Wünsche und alle die Forderungen, die von unserer Seite aufgestellt worden sind“, gehört werde. Zitiert nach: Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, a.a.O., S. 87.

³⁰ Vgl. Wolfgang Ruge, Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die Brüning-Regierung. Zur Rolle der Großbourgeoisie bei der Vorbereitung des Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 16. Jg., 1968, H. 1, S. 19ff., der das Redaktionsarchiv der DAZ auswerten konnte.

³¹ Die Bedeutung der „Berliner Börsen-Zeitung“ für das deutsche Finanzkapital wird u.a. durch folgenden Sachverhalt deutlich: Anlässlich des 75. Jahrestages ihrer Gründung erschien eine Festschrift, in der u.a. der Präsident der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Präsidiumsmitglied des RDI, Ernst v. Borsig, der Generaldirektor der Hoesch AG und Vorsitzende des mächtigen Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen („Langnamverein“), Fritz Springorum, sowie der Direktor der Commerzbank AG, Friedrich Reinhart, Beiträge zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen veröffentlichten. Vgl. 75 Jahre Berliner Börsen-Zeitung, Berlin 1930, 3 Teile.

³² Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. v. Ilse Maurer u. Udo Wengst, Erster Teil, Düsseldorf, 1980, S. 800ff., Zitate: S. 800 u. 805. Dieses Schreiben war u.a. von Carl Friedrich v. Siemens, Gustav Krupp v. Bohlen u. Halbach, Paul Silverberg, Hermann Bücher und Ernst v. Borsig unterzeichnet worden.

³³ Zitiert nach: Jürgen John, Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) 1919-1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S.29.

³⁴ Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Bd. 1, a.a.O., S. 304, 309f., 320, 332f., 339, 368, 391 u. Bd. 2, a.a.O., S. 561f. u. 598f.

³⁵ Kastl hatte von 1921 bis 1925 als Ministerialrat die Reparationsabteilung im Reichsfinanzministerium geleitet.

Finanzkapitals, der als Vizepräsident des RDI und Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, als Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikates und als Mitglied im Aufsichtsrat zahlreicher schwerindustrieller Unternehmen, darunter der Vereinigten Stahlwerke AG, über beträchtliche Machtpositionen verfügte.³⁶

Auch Carl Duisberg stützte lange Zeit Heinrich Brüning. In einem privaten Schreiben vom 26. Juni 1931 bezeichnete er den Regierungschef sogar als den besten Kanzler, den Deutschland seit Bismarck erlebt habe!³⁷

Allerdings begannen nach dem erdrutschartigen Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom September 1930 einige Exponenten des Finanzkapitals, Verbindungen zur Nazipartei aufzunehmen. Bereits in den zwanziger Jahren hatte es erste Kontakte und Gespräche, aber auch materielle Zuwendungen gegeben, die sich aber noch auf einige wenige Unternehmer, die über einen nennenswerten wirtschaftlichen und politischen Einfluss verfügten, reduziert hatten.³⁸

1931 verdichtete sich das Netz der Beziehungen zur faschistischen Partei. Es ging offenkundig darum auszuloten, ob Hitler und seine Bewegung im Sinne der von den Unternehmerverbänden in ihren oben genannten Denkschriften formulierten Ziele nützlich, ja, vielleicht sogar ernstzunehmende Partner sein könnten.

**„...dass es Ihnen gelingt, die Bewegung aller nationalen Kreise hinter sich zu ziehen“
(Fritz Thyssen)**

Zu einer ersten, mit Leidenschaft ausgetragenen Auseinandersetzung um die Haltung zur faschistischen Partei kam es am 27. November 1930 bei einer Tagung des Hauptausschusses des RDI. In Anwesenheit von Heinrich Brüning, der von Carl Duisberg und Ludwig Kastl überaus freundlich begrüßt worden war und der in einer Ansprache die Grundlinien seiner Politik entwickelte, vollzog sich mit einem unerwarteten rhetorischen Angriff Fritz Thyssens, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke AG, des damals zweitgrößten schwerindustriellen Konzerns der Welt, die erste ernstzunehmende Wortmeldung von Repräsentanten des Finanzkapitals zu Gunsten des deutschen Faschismus im RDI.³⁹ Thyssen ließ dabei die ansonsten in seinen Kreisen üblichen Umgangsformen vollständig unbeachtet. Mit den Worten „die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, formulierte er unverhüllt seine Zweifel an der Politik Brünings. Worin seine eigenen politischen Wünsche bestanden, machte er mit folgenden Worten deutlich: „Man kann sich nicht wundern, wenn...eine Bewegung im Reiche entsteht, wie sie sich bei den letzten Wahlen gezeigt hat. Ich möchte nur wünschen, Herr Reichskanzler, dass bei den guten Absichten, die Sie haben, es Ihnen gelingt, die Bewegung *aller* nationalen Kreise hinter sich zu ziehen; denn ich glaube, dass *erst dann* Sie vollen Erfolg mit Ihren Absichten haben werden.“⁴⁰

Dieses frühe Plädoyer für die Einbeziehung der NSDAP in die Regierungsverantwortung spiegelte die Aktivitäten Hitlers wider, sich Unterstützung vor allem in den Kreisen der

³⁶ Zur hochinteressanten Biographie Paul Silverbergs vgl. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, a.a.O., u.a. S. 20ff., 35ff., 60ff., 111ff., 153ff. sowie Dirk Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594ff.

³⁷ Vgl. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, a.a.O., S. 96.

³⁸ Vgl. hierzu Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt a.M. 1960 u. Kurt Gossweiler, Hitler und das Kapital 1925-1928, in: derselbe, Aufsätze zum Faschismus, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1988, S. 468ff.

³⁹ Das Folgende nach :Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, a.a.O., S. 85ff.

⁴⁰ Zitiert nach: ebenda, S. 86. Hervorhebung von mir-R.Z. Thyssen wurde übrigens im Dezember 1931 eingeschriebenes Mitglied der NSDAP. Vgl. Kurt Gossweiler, Von Weimar zu Hitler. Wie es zur Errichtung der faschistischen Diktatur kam, in: derselbe, Aufsätze zum Faschismus, a.a.O., S. 345.

Schwerindustriellen an Rhein und Ruhr zu verschaffen. Ludwig Kastl schrieb am 4. Dezember 1930 in einem privaten Brief, dass bei den Aktivitäten Thyssens „eigentlich im Wesentlichen der Einfluss von Adolf Hitler unverkennbar hervorgetreten“ sei. Er wisse, „wie Adolf Hitler im Revier bei den führenden Herren aufgetreten sei und welchen starken Eindruck das hinterlassen“⁴¹ habe. Neben Fritz Thyssen schlugen sich 1931 weitere Repräsentanten des Finanzkapitals mehr oder weniger auf die Seite der Naziartei.

Dabei spielte Dr. Hjalmar Schacht eine zentrale Rolle. Der ehemalige Präsident der Deutschen Reichsbank (1923 bis 1930), der seine Karriere ursprünglich bei der Dresdner Bank begonnen hatte, traf zum ersten Mal am 5. Januar 1931 mit Hitler zusammen. Seitdem ruhte er nicht, die Einbeziehung der faschistischen Partei in die Regierung zu propagieren, sich Hitler als wirtschaftspolitischer Berater anzudienen, vor allem aber die Verbindungen zwischen der NSDAP und solchen Repräsentanten des Finanzkapitals, die der Naziartei mit Sympathie begegneten, zu institutionalisieren. Schachts Aktivitäten mündeten schließlich im Juni 1932 in die Konstituierung eines die NS-Führung in wirtschaftspolitischen Fragen beratenden Gremiums, der so genannten Arbeitsstelle Schacht, die am Schöneberger Ufer in Berlin, gegenüber den Büros des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, ihre Geschäftsstelle bezog.⁴²

Gleichfalls auf die faschistische Partei orientierten sich 1931 in wachsendem Maße u.a. Albert Vögler⁴³, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, der langjährige Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Emil Kirdorf, der bereits 1927 in die NSDAP eingetreten war, im Jahr darauf aber wieder die Partei verlassen hatte, ohne seine Kontakte zu Hitler abzubrechen und seine finanziellen Zuwendungen an die Nazis einzustellen⁴⁴, August Rosterg⁴⁵, Generaldirektor der Wintershall AG, dem bedeutendsten deutschen Kali-Konzern, Ewald Hecker, Aufsichtsratsvorsitzender der Ilseder Hütte AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hannover sowie Emil Helfferich, Aufsichtsratsvorsitzender der zum Rockefeller-Konzern gehörenden Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft (Esso).

Aber auch solche Großunternehmer, die keineswegs die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur befürworteten, neigten zu einer Negation bzw. Verharmlosung der von der NSDAP ausgehenden Gefahren. Besonderes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang eine Rede, die das Präsidiumsmitglied des RDI, Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen

⁴¹ Zitiert nach: Reinhard Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933*, a.a.O., S. 87.

⁴² Vgl. Dirk Stegmann, *Das Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XIII. Bd., 1973, S. 425ff. u. 450ff.; derselbe, *Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H.A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933*, in: ebenda, XVII. Bd., 1977, S. 287ff.; Manfred Asendorf, *Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 2. Jg., 1987, H. 3, S. 106ff., bes. 128ff. Von den zahlreichen, das Finanzkapital exkulpierten Darstellungen des US-amerikanischen Historikers Henry Ashby Turner, jr. vgl. u.a.: *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1985 u. *Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933*, Berlin 1999.

⁴³ Über Vögler schrieb die „Berliner Morgenpost“ 1929: „Die wirklichen Beherrscher der Vereinigten Stahlwerke sind Fritz Thyssen und Emil Kirdorf, Vögler ist nur ihr erster Angestellter“. *Berliner Morgenpost*, Nr. 123, 24.5.1929, Nebenregierung der Schwerindustrie.

⁴⁴ Kirdorf veröffentlichte im August 1930 eine Erklärung, in der er seinen Parteiaustritt 1928 dahingehend motivierte, dass die NSDAP „im Revier eine Richtung einschlug, gegen die ich mich wenden musste“. Zugleich versicherte er allerdings, dass er für Adolf Hitler eine „warme Freundschaft und Hochschätzung“ empfinde. Kirdorf bekannte sich außerdem zur Deutschnationalen Volkspartei, solange diese unter der Führung von Alfred Hugenberg stünde. Vgl. *Berliner Lokal-Anzeiger*, Nr. 397, 23.8.1930, Eine Erklärung Kirdorfs.

⁴⁵ Rosterg war 1929 mit einem zynischen Angriff auf die kranken Arbeiter und Angestellten hervorgetreten, indem er behauptete, bei der Hälfte aller krank Gemeldeten handle es sich um Simulanten! Vgl. *Deutsche Bergwerks-Zeitung*, Nr. 105, 5.5.1929, August Rosterg: Drehpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik.

Reichsbahn-Gesellschaft und Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens-und-Halske AG sowie der Siemens-Schuckert-Werke, Carl-Friedrich v. Siemens, am 24. Oktober 1931 in New York gehalten hatte. Bei einem Essen, das zu seinen Ehren von der General Electric Company ausgerichtet wurde, führte er aus, dass die Nazis ihr „Ziel durch gesetzliche Maßnahmen, d.h. durch den Stimmzettel, verwirklichen“ wollten. Er bescheinigte den Nazis fernerhin „Selbstlosigkeit“, und dass bei ihnen „hohe nationale Ideale“ anzutreffen seien. Die „Wurzel der Hitlerschen Bewegung“, so fuhr v. Siemens fort, „ist der Kampf gegen den Sozialismus, d.h. gegen den Marxismus“. Am Ende seiner Ausführungen formulierte er dann in dankenswerter Offenheit: „Eines möchte ich noch betonen: wenn die große Mehrzahl nicht nur der deutschen Geschäftsleute, sondern auch der Angehörigen aller gebildeten Klassen, viele von Hitlers *Methoden* verurteilen, so betrachten sie doch das Hitlertum als das kleinere Übel gegenüber dem Kommunismus.“⁴⁶

Von strategischer Bedeutung für das Verhältnis des Finanzkapitals zur faschistischen Partei war im Jahre 1931 die wirtschaftspolitische Programmatik der NSDAP. Misstrauisch analysierten Großunternehmer, vor allem aber die ihnen nahestehenden Gazetten, wie sich innerhalb der Nazipartei die Auseinandersetzungen um den Stellenwert und die Inhalte des von der Partei schon in ihrem Namen reklamierten „Sozialismus“ darstellten. Im Kern ging es darum, ob die Parole vom „nationalen Sozialismus“, die ja ohnehin eine *contradictio in adjecto* darstellte, vornehmlich als Instrument zur Gewinnung von Wählern und Anhängern aus der Arbeiterschaft dienen sollte oder ob es Führungspersonen innerhalb der Partei gab, die es ernst mit den für den Fall der Regierungsübernahme avisierten Maßnahmen gegen das Großkapital meinten.⁴⁷ Besonders der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straßer, der Kommentator des Parteiprogramms und Reichstagsabgeordnete Ernst Feder⁴⁸, aber auch der Gauleiter in Berlin, Dr. Joseph Goebbels, standen im Verdacht, den „nationalen Sozialismus“ nicht nur aus partei- und wahltaktischen Gründen zu propagieren, sondern die z.B. in Aussicht gestellte Enteignung von Warenhausbesitzern und die direkte Einflussnahme der Nazi-Arbeiter und -Angestellten in die unternehmerischen Entscheidungen der Geschäftsführungen, im Falle der Machtübernahme realisieren zu wollen.

Auch die von den Faschisten vorgenommene Unterscheidung zwischen dem „raffenden Kapital“, womit jüdische Unternehmen denunziert wurden und dem „schaffenden Kapital“, mit dem die so genannten arischen Kaufleute gemeint waren, wobei ausschließlich gegen das „raffende Kapital“ Eingriffe eines „nationalsozialistischen“ Staates zu erwarten seien, trug nicht in gewünschtem Maße zur Beruhigung des deutschen Finanzkapitals bei.⁴⁹

⁴⁶ Carl F. v. Siemens, Die gegenwärtige Lage Deutschlands. Rede, gehalten auf dem Essen der General Electric Company am 27. Oktober 1931 in New York, o.O.u.J. (ein hektographiertes Exemplar des Redemanuskriptes befand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 296). Zitate: S. 5 u. 7f. Hervorhebung von mir-R.Z. Die Rede ist auszugsweise abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 44f.

⁴⁷ Die nach unserer Meinung differenzierteste marxistische Darstellung zu dieser Problematik findet sich bei Joachim Petzold, Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 288ff.

⁴⁸ Vgl. die einschlägige parteiamtliche Publikation von Ernst Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, 41.-50. Aufl., München 1931 (Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 1). Eine scharfsinnige Kritik der wirtschaftspolitischen Programmatik der faschistischen Partei formulierte Margarete Wiener, Vom nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm. Eine kritische Betrachtung, Berlin 1931 (Exemplar in: BArch, R 1501/126133). Die Haltung der NSDAP zu den Warenhäusern war Gegenstand einer u.a. von der „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein“ (Gau Sachsen der NSDAP) herausgegebenen Hetzbroschüre: Dr. G. Gerber, Warenhaus-Pest, Dresden o.J. (1931). Ein Exemplar findet sich in: BArch, R 1501/126133.

⁴⁹ Vgl. Ernst Feder, Das Programm der NSDAP, a.a.O., S. 29: nötig sei ein „klares Erkennen des Weltfeindes: des den Erdkreis überschattenden Großkapitals und seines Trägers, des Juden“. Vgl. ebenda, S. 47f., die prinzipiell ablehnende Haltung der Nazipartei zu den Warenhäusern.

Erst 1932, als es vor allem Hjalmar Schachts Initiativen zu danken war, dass authentische wirtschaftspolitische Aussagen der NSDAP nur von Hitler selbst bzw. solchen Mitarbeitern des „Braunen Hauses“ in München formuliert werden durften, die nach einer entsprechenden Umorganisation der Nazi-Parteizentrale voll und ganz dem Kurs der nazifreundlichen Großunternehmer folgten, konnte hier endgültig Abhilfe geschaffen werden.⁵⁰ Eine besondere Rolle spielte dabei der Journalist Dr. Walther Funk, von 1922 bis 1930 Chefredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“. Seit 1931 als persönlicher Wirtschaftsberater Hitlers tätig, sorgte er an entscheidender Stelle dafür, dass die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der nazifreundlichen Großunternehmer Gehör und Geltung beim „Führer“ der NSDAP fanden. Im Dezember 1932 wird er Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik in der Reichsleitung in München, während Straßer und Feder inzwischen weitgehend entmachtet worden waren. Zusammengefasst: 1931 war noch nicht das Jahr, in dem eine große Anzahl bedeutender Repräsentanten des Finanzkapitals für die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland votierten. Zu vieles an der NSDAP und ihrer Bürgerkriegsarmee, der SA, missfiel den Herren von Rhein und Ruhr, den Bankvorständen und Top-Managern der chemischen und Elektroindustrie: Die noch vorhandene politische Unberechenbarkeit der Nazis, der Verbalradikalismus in ihren Reden und Gazetten, auch die offenbar schwer zu kontrollierende Gewaltbereitschaft der SA, die sich vielleicht nach einer Machtübernahme gegen das Unternehmertum wenden könnte – alles das, begrenzte im Jahre 1931 noch die Attraktivität der NSDAP für das deutsche Finanzkapital.

Das Kabinett Brüning – eine „unentbehrliche Barriere“ gegen den Faschismus?

Eine Schlüsselrolle im politischen Geschehen des Jahres 1931 spielten die beiden Arbeiterparteien, die SPD und die KPD.⁵¹ Von ihrer Fähigkeit bzw. Unfähigkeit, gegen den Kurs der Regierung Brüning parlamentarischen wie außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren, um die Kräfteverhältnisse in Deutschland angesichts der ökonomischen wie politischen Krisis wieder zu Gunsten der Arbeiterklasse zu verändern und den Weg in eine faschistische Diktatur zu verstellen, hing letztlich das Schicksal der Weimarer Republik ab. Wie wir heute wissen, wurde weder der sozialdemokratische noch der kommunistische Teil der Arbeiterbewegung seiner jeweiligen historischen Verantwortung gerecht.

Der politische Kurs der Sozialdemokratie basierte auf einer verhängnisvollen Fehleinschätzung der Regierung Heinrich Brüning. Sie galt der SPD-Führung nicht als potenzieller Wegbereiter des Faschismus, sondern im Gegenteil als Instrument zur Verhinderung eines faschistischen Regimes. Sie sei, so schrieb der „Vorwärts“ im März 1931, „eine unentbehrliche Barrikade“ im Kampf gegen die Nazis, „so dass man ihr auch auf sachlichem Gebiete Zugeständnisse machen muss, um ihren Sturz und damit den Sieg der infamsten Arbeiterfeinde zu verhindern“⁵² Bereits wenige Monate nach der im März 1930 vollzogenen Auflösung der vom Sozialdemokraten Hermann Müller geführten Großen

⁵⁰ Vgl. zum Folgenden Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, a.a.O., S. 172ff.

⁵¹ Aus Platzgründen muss leider auf die Darstellung der Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in der Zeit der Weltwirtschaftskrise verzichtet werden. Vgl. hierzu Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn u. Bad Godesberg 1975. Besonders wertvoll ist die folgende, voluminöse Quellensammlung: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, bearb. v. Peter Jahn unter Mitarbeit v. Detlev Brunner, Köln 1988. Vgl. auch die in Anmerkung 1 genannte Arbeit von Claudia Kaiser.

⁵² Vorwärts, Nr. 106, 4.3.1931, Brüning und Sozialdemokratie. Im gleichen Sinne schrieb die Parteizeitung der SPD bereits im Oktober 1930, nachdem die Reichstagsfraktion den gegen die Regierung Brüning eingereichten Misstrauensanträgen ihre Zustimmung verweigert hatte: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist über die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning hinweggegangen, um den Faschismus in Deutschland zu verhindern.“ Vgl. Vorwärts, Nr. 491, 19.10.1930, Der Reichstag hat entschieden.

Koalition, entschieden sich der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion zu einer Politik der „Tolerierung“ des Kabinetts Brüning.⁵³ Die Geburtsstunde dieses verhängnisvollen Kurses schlug nach den parlamentarischen Sommerferien und den Neuwahlen zum Reichstag im September 1930. In der Privatwohnung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hermann Pünder, fand das entscheidende, unter konspirativen Umständen zustande gekommene Gespräch zwischen den sozialdemokratischen Parteiführern Otto Wels (Parteivorsitzender von 1919 bis 1939) und Hermann Müller (Reichskanzler vom Juni 1928 bis März 1930) sowie Heinrich Brüning und seinem Staatssekretär statt, bei dem der Pakt zwischen dem Notverordnungskanzler und der SPD-Führung besiegelt wurde. Pünder schildert das Zusammentreffen und seine Vorgeschichte mit folgenden Worten:

„Eine Ergänzung des Kabinetts durch Eintritt von Sozialdemokraten wird leider unmöglich sein, da es rechts nicht geduldet und von links nicht erbeten wird. Was aber vielleicht möglich wäre, ist eine Unterstützung des Kabinetts und seiner Arbeit durch die Sozialdemokratie. Hierzu hatte ich dem Herrn Reichskanzler vorgeschlagen, eine Besprechung mit den beiden...Parteiführern Wels und Müller ganz unauffällig bei mir in der Gärtnerstraße in Lichterfelde herbeizuführen. Dr. Brüning war sehr einverstanden, und ich habe dann beide heimlich eingeladen. Wir waren nur zu viert zum Kaffee und nachher zum Glas Wein mit Zigarren. Es war eine zweifellos sehr wertvolle Aussprache. Ich hatte das Gefühl, dass es sich um historische Augenblicke handelt.“⁵⁴

Der Sinn der „Tolerierungspolitik“ bestand nicht darin, die Regierung Brüning bei jeder einzelnen Abstimmung zu unterstützen, wohl aber zu verhindern, dass Misstrauensanträge oder Anträge auf Rücknahme von Notverordnungen eine Mehrheit bekommen konnten. Mit anderen Worten: Immer dann, wenn für das Kabinett Brüning die Existenz auf dem Spiele stand, verschaffte ihr die Reichstagsfraktion der SPD eine parlamentarische Mehrheit. Die „Deutschen Führerbriefe“, ein in kleiner Auflage herausgegebener, streng vertraulicher Informationsdienst, vornehmlich für Industrielle, formulierte diesen Sachverhalt im Oktober 1930 dahingehend, es habe sich unter Brüning „ein Regierungskurs herausgebildet und vorläufig durchgesetzt, der die Sozialdemokratie à la suite hat“⁵⁵. Kurz darauf verhöhnte diese Publikation die Reichstagsabgeordneten der SPD mit den Worten: „Man merkt ihnen die parlamentarische Sattheit und Routine an und die Statistenrolle, die sie unter diesem Regierungskurs spielen.“⁵⁶

Den Parteimitgliedern wurde mit diesen Verhaltensweisen ihrer Reichstagsfraktion viel zugemutet. Deshalb begann die Parteizeitung „Vorwärts“ im Oktober 1930, eine wahre Flut von Artikeln und Kommentaren zu veröffentlichen, die um Verständnis für den „Tolerierungs“-Kurs warben. Eine zentrale Rolle spielten dabei der Abdruck der Rede des ehemaligen Finanzministers der Großen Koalition, Rudolf Hilferding, vor den Delegierten des Berliner SPD-Parteitag vom 4. Oktober 1930⁵⁷ und der Artikel des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun vom 12. Oktober 1930 unter der Überschrift „Um was es

⁵³ Vgl. die ausführliche Darstellung bei Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe*, a.a.O., S. 207ff. u. Gerhard Schulz, *Von Brüning bis Hitler*, a.a.O., S. 202ff.

⁵⁴ Hermann Pünder, *Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932*, hrsg. v. Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 62 (Aufzeichnung v. 30.9.1930).

⁵⁵ *Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz*, 3. Jg., Nr. 83, 24.10.1930, S. 2, Bilanz der Brüning-Regierung.

⁵⁶ Ebenda, Nr. 97, 12.12.1930, S. 3f., *Zur Physiognomie des Reichstags*. Bereits 1929 hieß es in den „Führerbriefen“: „Die Sozialdemokratie hat von der Macht des Staates gekostet, aus den Fleischtöpfen der Verwaltung gegessen, sie ist auf den Appetit gekommen. Sie hat mehr Nacken und mehr Sitzfleisch bekommen, die Phantasie ist dabei eingeschrumpft, der revolutionäre Elan in die Schublade gelegt worden, aus der er bei Erinnerungsfesten und gelegentlichen Paradereden herausgeholt und aufgeputzt wird.“ Ebenda, 2. Jg., Nr. 43, 7.6.1929, S. 2f., *Wandlungen in der Sozialdemokratie*.

⁵⁷ Vgl. *Vorwärts*, Nr. 467, 5.10.1930, Berliner Bezirksparteitag. Hervorhebungen von mir-R.Z.

geht“⁵⁸. Die in diesen Beiträgen vorgetragenen Argumente zugunsten der „Tolerierungspolitik“ stellten gleichsam die Grundmelodie von Parteivorstand und Reichstagsfraktion dar. Sie wurde in den darauffolgenden Monaten lediglich variiert und aktualisiert.

Rudolf Hilferding warnte davor, „die Waffe des Misstrauensvotums unter allen Umständen anwenden zu wollen“. Es ginge für die Reichstagsfraktion der SPD jetzt weniger um die Abwahl Brünings als vielmehr darum, „eine Regierungsbeauftragung Hugenbergs“ auszuschließen. Grundsätzlich seien auch die Notverordnungen des Reichspräsidenten nicht abzulehnen, mit deren Hilfe Brüning und sein Kabinett regierten, wohl aber sei anzustreben, dass „sie in Gesetze umgewandelt und verbessert“ werden müssten

Beinahe leidenschaftlich sprach sich Hilferding gegen außerparlamentarische Aktionen aus: „Kein Mensch weiß, ob sich außerparlamentarische Kampfmittel nicht gegen die Arbeiterschaft selbst richten würden. *Nur in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ist die Arbeiterschaft kampfstark, deshalb sollte man die Lösung der parlamentarischen Krise anders versuchen.*“

Otto Braun (preußischer Ministerpräsident mit kurzen Unterbrechungen vom März 1920 bis zum Juli 1932) orientierte in seinem Beitrag die sozialdemokratische Arbeiterschaft ganz auf ihr „Mitbestimmungsrecht im Staate“. Dabei sei es ihre Pflicht, keine „Stimmungs- und Interessenpolitik“ zu betreiben, wie dies von Seiten der bürgerlichen Parteien der Fall sei, sondern sich entschlossen zu zeigen, „den Staat zu verteidigen“. Es sei nötig, so hieß es weiter, „die Zähne zusammenzubeißen“ und „den Mut zu haben, einmal eine Politik zu betreiben, die nicht populär ist“. Es ginge jetzt darum, „gegenüber den Millionen Unreifer und Verwirrter, für die die Demokratie zu früh gekommen“ sei, „den deutschen Volksstaat vor den Feinden“ zu erretten.⁵⁹

Beide Exponenten der Parteiführung, Hilferding wie Braun, widersprachen allen innerhalb der SPD laut werdenden Forderungen, vor dem Einsatz außerparlamentarischer Mittel (Großdemonstrationen, Massenkundgebungen, vor allem aber Streiks) nicht zurückzuschrecken⁶⁰. Beide lehnten im Übrigen gemeinsame Aktionen mit der KPD strikt ab, die sie in einem Atemzug mit der NSDAP nannten. Es war deshalb offensichtlich, dass eine vom Kanzler Brüning, den bürgerlichen Parteien und den industriellen Interessenverbänden gefürchtete Politik der Aktionseinheit von SPD und KPD von den maßgeblichen sozialdemokratischen Führern, dort, wo sich entsprechende Ansätze zeigen sollten, mit allen Mitteln bekämpft und verhindert werden würde.

Im Übrigen artikulierten sich innerhalb der Sozialdemokratie durchaus ernst zu nehmende Stimmen, die den Aufstieg der Nazis lediglich als kurzfristige Episode abtaten, die am Ende sogar den Boden für politische Erfolge der SPD bereite. Der Wirtschaftsfachmann Erik Nölting schrieb in diesem Sinne im Januar 1931 im „Vorwärts“: „Lasst die Nazis nur weiter antikapitalistische Stimmungen heranbilden, wir werden sozialistische Gesinnung daraus machen. *Hitler ist Zwischenspiel, Schlusspunkt sind wir!*“⁶¹

Alles das bedeutete: Eine entschiedene, ernst zu nehmende Gegnerschaft hatte Heinrich Brüning von der Sozialdemokratie jedenfalls nicht zu erwarten. Vielmehr deutete das

⁵⁸ Vgl. Vorwärts, Nr. 479, 12.10.1930, Otto Braun: Um was es geht.

⁵⁹ Am 14. April 1931 formulierte Braun während einer Kundgebung im Berliner Sportpalast: „Die Taktik des Ausweichens ist richtig...“ Sie habe verhindert, „dass die Nationalsozialisten zu Einfluss kamen“. Vgl. Vorwärts, Nr. 174, 15.4.1931.

⁶⁰ Diese Stimmen artikulierten sich auf dem oben angesprochenen Parteitag der Berliner SPD, bei dem Hilferdings Referat harter Kritik ausgesetzt wurde, aber auch auf dem im Mai/Juni durchgeführten Reichsparteitag. Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931. Vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, u.a. S. 60 (Deleg. Petrich), S. 67f. (Deleg. Ziegler) u. S. 73 (Deleg. Kirstein).

⁶¹ Vorwärts, Nr. 15, 10.1.1931, Erik Nölting: Hitler ist Zwischenspiel. Hervorhebung von mir – R.Z.

Verhalten der SPD-Führung in den Jahren 1930/31 schon ihre kampflose, schmachvolle Kapitulation am 20. Juli 1932 bei der Absetzung der Regierung Otto Braun in Preußen („Preußenschlag“) durch den vom Reichspräsidenten Hindenburg beauftragten Franz v. Papen und am 30. Januar 1933 anlässlich der Machteinsetzung Adolf Hitlers an.

„Volksrevolution über Deutschland!“ – Die Fehleinschätzungen der KPD

Glaubte die sozialdemokratische Führung, in Heinrich Brüning eine „Barrikade“ gegen den aufstrebenden Faschismus erkennen zu können, so war für die KPD der Faschismus im Jahre 1931 bereits weitgehend Realität geworden. Die Formulierungen in parteioffiziellen Dokumenten waren nicht immer eindeutig und kongruent, der Grundtenor allerdings war klar: der Faschismus existiere bereits bzw. seine Errichtung stünde unmittelbar bevor.⁶²

„Die ‚demokratische‘ Regierung Brüning“, so schrieb die „Rote Fahne“ schon im Oktober 1930, „...ist bereits eine halbfaschistische Regierung, die sich in die offene Regierung der faschistischen Diktatur verwandelt.“⁶³ Nur zwei Monate später führte Walter Ulbricht während einer Tagung der Berlin-Brandenburger Bezirksleitung der KPD aus, die Brüning-Regierung sei „zur ersten Regierung der faschistischen Diktatur geworden“⁶⁴ Und Ernst Thälmann schrieb im Februar 1931 in der „Kommunistischen Internationale“, dass man „gegenwärtig von einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur sprechen muss“⁶⁵.

Zugleich wuchsen die zum Teil hasserfüllten Angriffe auf die sozialdemokratische Führung, wobei mit dem Begriff „Sozialfaschismus“ nicht eben sparsam umgegangen wurde. Ob die dabei häufig praktizierte, feinsinnige Unterscheidung zwischen dem „Faschismus“ als dem Hauptfeind des Proletariats und dem „Sozialfaschismus“, dem „gefährlichsten Feind im Lager der Arbeiterklasse“, von der Masse der Anhängerschaft der KPD, ganz zu schweigen von sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, gedanklich nachvollzogen werden konnte, darf bezweifelt werden. Dies gilt um so mehr, als diese Differenzierung gelegentlich in parteioffiziellen Dokumenten gar nicht vorgenommen wurde, wie z.B. in einem nicht gezeichneten Artikel der „Kommunistischen Internationale“ vom April 1931, in dem es hieß: „Es wurde (auf dem 11. Plenum des Exekutivkomitees der KI - R.Z.) die Ansicht ausgesprochen, unser Hauptfeind sei der Faschismus. Eine solche Anschauung stellt eine Gefahr dar, denn sie leitet Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie...“⁶⁶

⁶² Die Anzahl der Veröffentlichungen, die sich mit der zeitgenössischen Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale und der KPD befassen, ist kaum noch zu überblicken. Genannt sei hier besonders der ebenso kurzgefasste wie zuverlässige Überblick von Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945, Frankfurt a.M. 1981. Vgl. auch Reinhard Kühnl, Hrsg., Texte zur Faschismuskritik. Bd. I: Positionen und Kontroversen, Reinbek 1974 u.ö.; Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1975 u.ö., S. 11ff.; Gerhard Lozek u. Rolf Richter, Legende oder Rechtfertigung? Zur Kritik der Faschismustheorien in der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. 1980, S. 70ff. sowie Helga Grebing u. Klaus Kinner, Hrsg., Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 59ff. (Abdruck der Beiträge zum Thema „Kommunistische Faschismus-Interpretationen“ eines im November 1989 an der Ruhr-Universität in Bonn veranstalteten Colloquiums mit Historikern aus der BRD und der DDR).

⁶³ Die Rote Fahne, Nr. 235, 8.10.1930, S. 1f., Deich oder Sturmflut? Ein offenes Wort an die sozialdemokratischen Arbeiter.

⁶⁴ Die Rote Fahne, Nr. 287, 9.12.1930, Die neuen Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Bericht über die Sitzung der BL Berlin-Brandenburg vom 7. Dezember 1930.

⁶⁵ Ernst Thälmann, Die KPD im Vormarsch. Zur letzten Plenartagung des Zentralkomitees der KPD vom 15. bis 17. Januar 1931, in: Die Kommunistische Internationale, Nr.5/6, 15.2.1931, S. 201.

⁶⁶ Wie nutzen wir die günstige Lage aus und überwinden das Zurückbleiben? (Zu den Ergebnissen des 11. EKKI-Plenums), in: Die Kommunistische Internationale, H. 14/15, 23.4.1931, S. 619. In diesem Beitrag heißt es weiterhin: „Augenscheinlich ist es die Regierung Brüning, die die faschistische Diktatur durchführt, und zwar

Die KPD-Führung identifizierte 1931 die auf der politischen Bühne handelnden sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien, Verbände und Organisationen zumeist nur als Vorformen bzw. Varianten des Faschismus. Realistischere Stimmen in der Publizistik der KPD waren selten.⁶⁷ Mit dieser Herangehensweise der Partei an die Analyse der politischen Situation seit dem Herbst 1930 korrespondierte eine abenteuerliche Fehleinschätzung des Wahlergebnisses vom 14. September 1930 und seiner Folgen.

Das entscheidende Resultat dieser Wahlen war hier nicht der sensationelle und zu denkbar größten Besorgnissen Anlass bietende Wahlerfolg der NSDAP, sondern, wie es in einem Kommentar der „Roten Fahne“ hieß, „ein stürmischer, auf allen Feldern gleichzeitiger Vormarsch der Kommunistischen Partei in ganz Deutschland“⁶⁸. In völliger Verkenning der Situation formulierte der anonyme Autor weiter, „dass alle Kräfte der Gesellschaft sich mehr und mehr um zwei feindliche Lager zusammenschließen: das Lager des Faschismus und das Lager der proletarischen Revolution“. Zur Erinnerung: die KPD hatte bei den Reichstagswahlen 13,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können (1928: 10,6), die SPD 24,5 Prozent (1928: 29,8), die NSDAP 18,3 Prozent (1928: 2,6). Die KPD erreichte 77 Mandate (1928: 54), die SPD 143 (1928: 153) und die NSDAP 107 (1928: 12). Vor dem Hintergrund auch dieser Ergebnisse war die von Ernst Thälmann auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPD im Januar 1931 postulierte „kühne Aufgabe: Liquidierung des Masseneinflusses der SPD“⁶⁹ als ein Ausdruck von Realitätsentrücktheit zu bewerten.

Die Weigerung, politische Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, die in der Geschichte der Partei immer wieder dominierende Verwechslung eigener Wunschvorstellungen mit den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen, charakterisierten auch die Programmatik und Politik der KPD in den Jahren 1930/31. Im Januar 1931 kreierte Ernst Thälmann auf einer Tagung des Zentralkomitees die Losung „Volksrevolution über Deutschland“. Basierend auf dem am 24. August 1930 der Öffentlichkeit vorgestellten „Programm zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes“, mit dessen Hilfe besonders der Einfluss in kleinbürgerlichen Schichten verstärkt und der nationalen Demagogie der Nazis entgegengewirkt werden sollte („Kampf gegen Versailles!“, „Nieder mit dem Young-Plan“), bestand das Ziel in einer Verbreiterung der sozialen Basis der KPD.⁷⁰ Doch bei näherem Hinsehen befand sich alter Wein in neuen Schläuchen. Die Losung der Volksrevolution sei, so formulierte es Ernst Thälmann, „**ausschließlich** ein Synonym der proletarischen Revolution, eine populäre Formulierung“⁷¹.

unter aktivster Teilnahme der Sozialdemokratie, die sich zur Niederschlagung der kommunistischen Bewegung ihres Polizeiapparates bedient...Die sozialdemokratischen Führer sind bewusste Feinde der Arbeiterklasse, bewusste Agenten einer fremden Klasse, einer feindlichen Klasse, unter den Arbeitern.“ Ebenda, S. 620f.

⁶⁷ Vgl. z.B. einen von Fritz Heckert verfassten Beitrag, der sich weitgehend von pseudorevolutionärer Rhetorik, Schönfärberei und von einer realitätsblinden Analyse der politischen Lage in Deutschland fernhielt. Hier dominierte eine sehr realistische und differenzierte Sicht auf die unterschiedlichen Stimmungen und politischen Einstellungen innerhalb der Arbeiterklasse: Fritz Heckert, Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse, in: Die Kommunistische Internationale, 11. Jg., Nr. 22/23, 18.6.1930, S. 1259ff. Eine sehr interessante und hellsichtige Analyse zu den Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse, die NSDAP noch nicht an der Regierung zu beteiligen, findet sich bei Philipp Dengel, Die Krise des deutschen Kapitalismus, in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 8, 28.2.1931, S. 336ff., bes. 345ff. Vgl. auch den weiter unten zitierten Artikel von Theodor Neubauer in der gleichen Zeitschrift.

⁶⁸ Die Rote Fahne, Nr. 216, 16.9.1930, S. 1f., Unser Wahlsieg und der Kampf gegen den Faschismus.

⁶⁹ Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.-17. Januar 1931, Berlin 1931, S. 35.

⁷⁰ Vgl. Klaus Kinner, „Die verlorene Zukunft“. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus, Leipzig 1998, S. 48ff.

⁷¹ Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland, a.a.O., S. 31. Hervorhebung von mir-R.Z.

Somit war der gedanklich richtige Ansatz, für einen erfolgreichen Kampf gegen den sich ausbreitenden Faschismus Verbündete und Partner unter den Kleingewerbetreibenden und in der Beamtenschaft, den Handwerkern und Landwirten⁷² zu gewinnen, also dort, wo die Nazis auf wachsende Resonanz stießen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer analysierte demgegenüber in einem von Realismus geprägten Beitrag die Versäumnisse der KPD in ihrer Arbeit unter den so genannten Mittelschichten und kam dabei zu der Schlussfolgerung, es gelte „für alle Sektionen der KI in den kapitalistischen Ländern..., dass sie eine systematische, konkrete Arbeit unter den Mittelschichten wenig oder gar nicht betreiben“. Die daraus für Deutschland sich ergebende Konsequenz laute, dass „diese Schichten heute außerordentlich im Bann der faschistischen Demagogie stehen“⁷³. Die Erfolglosigkeit der Arbeit unter diesen sozialen Schichten war um so verständlicher, als eine politisch gesplante, sich gegenseitig mit großer Aggressivität bekämpfende Arbeiterbewegung auch keinerlei Attraktivität und Anziehungskraft auf die von Neubauer ins Blickfeld genommenen sozialen Schichten auszuüben vermochte. Die von ihm in seinem Artikel entwickelten Forderungen zugunsten der kleinen Kaufleute und Handwerker, seine Versicherung, „die Kommunisten denken auch in Deutschland nicht daran, die werktätigen Mittelschichten zu enteignen“⁷⁴, mussten angesichts der parteioffiziellen Lesart der Losung von der „Volksrevolution“ sowie eines um sich greifenden, „rrrevolutionären“ Verbalradikalismus der KPD, auf verständliches Misstrauen stoßen. Letztlich erfüllte sich die Prognose Neubauers, dass dort, „wo der kommunistische Einfluss in den kleinbürgerlichen Massen fehlt, die Gefahr besteht, dass diese Massen weiter gegen das Proletariat in den Kampf geführt, dass diese Massen völlig die Beute des Faschismus werden und ihm die Kerntruppen stellen für die Niederschlagung der Arbeiterklasse“⁷⁵.

Den größten Rückschlag hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit musste die KPD im Jahre 1931 durch ihre Beteiligung am Volksentscheid gegen die vom Sozialdemokraten Otto Braun geführte Regierung in Preußen hinnehmen.⁷⁶ Für den 9. August war der Volksentscheid mit dem Ziel, den Landtag aufzulösen und damit das Ende der sozialdemokratisch geführten Koalition herbeizuführen, angesetzt worden. Zuvor hatte das u.a. von der Deutschnationalen Volkspartei, der NSDAP und vom Stahlhelm, dem größten reaktionären „Wehrverband“ in der Weimarer Republik, initiierte Volksbegehren zu Gunsten eines Volksentscheides beinahe 6 Millionen Stimmen erzielen können. Nachdem die KPD sich von dieser Initiative bislang ferngehalten hatte – ungeachtet aller Gegnerschaft zur SPD –, rief am 22. Juli 1931 das Zentralkomitee der KPD völlig unerwartet die Mitglieder und Anhänger der KPD dazu auf, sich am Volksentscheid zu beteiligen und für die Auflösung des Preußischen Landtages zu votieren. Um einen Unterschied zur Motivation der Nazis und Deutschnationalen zu verdeutlichen, die Regierung Braun aus dem Amt zu jagen, definierte das ZK der Partei die Beteiligung am Plebiszit als „roten Volksentscheid“.⁷⁷ Doch die Rechnung ging nicht auf: Die

⁷² Am 16. Mai 1931 veröffentlichte die KPD ihr Bauernhilfsprogramm, das u.a. den „kleinen und mittleren Bauern“ ihre Schulden erlassen und sie künftig von den indirekten Steuern befreien wollte. Ferner war eine „entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne“ vorgesehen. Vgl. Dokumente zur deutschen Geschichte 1929-1933, a.a.O., S. 37f.

⁷³ Theodor Neubauer, Die Arbeit unter den kleinbürgerlichen Mittelschichten, in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 10, 15.3.1931, S. 452 u. 459.

⁷⁴ Ebenda, S. 463.

⁷⁵ Ebenda, S. 465.

⁷⁶ Vgl. zum Folgenden: Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe, a.a.O., S. 385ff.; Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler, a.a.O., S. 433ff. u. Klaus Kinner, „Die verlorene Zukunft“, a.a.O., S. 52ff.

⁷⁷ Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD sandte am 27. Juli an alle Straßen- und Betriebszellen einen „Zellenbrief“, in dem der Sinneswandel der Parteiführung erläutert werden sollte. In dem von Ernst Thälmann unterschriebenen Dokument waren hasserfüllte Angriffe auf die SPD-Führung und geradezu abenteuerliche Fehleinschätzungen der politischen Lage in Deutschland enthalten. Ein Original-Exemplar dieses „Zellenbriefs“

zu einem beträchtlichen Teil offenbar desorientierten Mitglieder und Anhänger der KPD, denen der abrupte Kurswechsel ihrer Parteiführung nicht vermittelbar war und die von der Sinnhaftigkeit, eine sozialdemokratische Regierung gemeinsam mit Faschisten und Deutschnationalen aus dem Amt zu befördern, nicht nachvollziehen konnten, beteiligten sich nicht im erhofften Maße an der Abstimmung. Der Volksentscheid war gescheitert.

Aktionseinheit von SPD und KPD: Reale Chance oder Illusion?

Im Jahr 1931 vertieften und verstetigten sich die ökonomischen, sozialen und politischen Krisen in der Weimarer Republik in beträchtlichem Umfang. Liest man die zeitgenössische Presse unterschiedlicher Provenienz, so nimmt man Erscheinungen einer „Endzeitstimmung“ wahr. Alle wussten, dass es so nicht weitergehen konnte und hofften auf etwas „Neues“, aber niemand kannte einen auch nur einigermaßen realistischen Ausweg. Nur eines stand für viele Zeitgenossen fest: der Kapitalismus hatte seine Legitimation als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem weitgehend verloren. Der ehemalige Reichsfinanzminister Paul Moldenhauer (Deutsche Volkspartei) klagte in den „Deutschen Führerbriefen“ im Dezember 1930: „Für viele überraschend, geht eine antikapitalistische Welle heute durch das deutsche Volk.“ Seine besondere Besorgnis erregte aber, „dass heute auch weite Kreise des Bürgertums, die sich bewusst als Anti-Marxisten gegen den Sozialismus wenden, von der antikapitalistischen Stimmung erfasst werden“⁷⁸. Der Titel des 1931 von Ferdinand Fried veröffentlichten und viel diskutierten Buches - „Das Ende des Kapitalismus“⁷⁹ – hatte einen leitmotivischen Charakter.

Von den bürgerlichen Parteien war kein ernst zu nehmender Beitrag im Kampf gegen den Faschismus zu erwarten. Im Gegenteil, sie näherten und biederten sich seit 1930 immer stärker in Ideologie und Politik der NSDAP an. Der liberale Ökonom und Publizist Gustav Stolper beschrieb in einer im April 1932 veröffentlichten, scharfsinnigen Analyse diese Entwicklung mit der gebotenen Deutlichkeit: „Diese ganze so genannte Mitte hatte längst keine Ideale mehr, und wo sie sich zu solchen bekannte, war es kalter Lippendienst, nicht flammende Begeisterung“. Die bürgerlichen Parteien „liefen den Nationalsozialisten nach, und bei diesem Lauf musste ihnen der Atem ausgehen. Verkündeten die Nationalsozialisten die Alleinschuld der Reparationen am deutschen Wirtschaftselend, so versicherten die Mittelparteien, dass auch sie doch nichts zahlen wollen...Predigten die Nationalsozialisten Hass und Feindschaft gegen die ganze Welt, so versicherte man ganz bescheiden, man sei doch ebenso national wie die Nationalsozialisten...Man arbeitete dem Triumph einer Bewegung vor, die man nur eindämmen konnte, wenn man mit gleicher Leidenschaft und gleichem Opfermut sich zu Idealen bekannte, die der Nationalsozialismus verneinte...In

fand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Vereinigung für freie Wirtschaft, Nr. 7, Bl. 313f.

⁷⁸ Prof. Dr. Paul Moldenhauer, Ursachen der antikapitalistischen Bewegung, in: Deutsche Führerbriefe. Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz, 3. Jg., Nr. 100, 23.12.1930, S. 2. Ein gewisser Carl Düssel diagnostizierte in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, dass sich die Jugend „vom Unternehmertum weltanschaulich geschieden“ habe: Carl Düssel, Weltanschauung, Wirtschaft und Politik, in: Der Arbeitgeber, 20. Jg., 1930, Nr. 16, S. 455. Bereits 1928 sah sich der Direktor der Darmstädter und Nationalbank zu der Aussage veranlasst, es seien „das kapitalistische System und seine Grundlage, das Privateigentum, nicht populär, und seine Verteidigung erwirkt weniger Beifall als seine Bekämpfung“. Vgl. Jakob Goldschmidt, Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaft und ihr Einfluss auf die Kapitalbildung. Vortrag, gehalten auf dem VII. Allgemeinen Deutschen Bankierstag zu Köln, September 1928, o.O.u.J., S. 32. (ein Exemplar befand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Filmsammlung Nr. 19705).

⁷⁹ Ferdinand Fried (Pseud. v. Ferdinand Friedrich Zimmermann-R.Z.), Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931. Dieser Band war aus einer Artikelserie entstanden, die im Periodikum der Exponenten der „Konservativen Revolution“, der Zeitschrift „Die Tat“, seit Oktober 1929 publiziert worden war.

Wahrheit haben die so genannten Mittelparteien die Saat für Hitler so sorgsam ausgestreut, das er nurmehr zu ernten brauchte.“⁸⁰

Wo existierte, angesichts dieses Versagens der immer weiter nach rechts drängenden „bürgerlichen Mitte“, ihrer Parteien und Organisationen, eine politische Alternative zu einer um sich greifenden Nazifizierung von Politik und Gesellschaft?

In der marxistischen Literatur ist seit jeher davon die Rede, dass ein aktionseinheitliches Wirken beider Arbeiterparteien eine realistische Chance geboten hätte, um die Krise zu überwinden und letztlich dem Faschismus den Weg zur Macht zu verstellen. Niemand kann heute wissen, ob diese Alternative zum Kurs der Kabinette Brüning, später der Regierungen v. Papen und v. Schleicher, hätte erfolgreich sein können.⁸¹ Aber sie hätte unbedingt gewagt werden müssen, denn der bloße „parlamentarische Weg“ der SPD hatte sich ebenso erschöpft wie die auf die Herbeiführung einer „revolutionären Situation“ abzielende, realitätsfremde Politik der KPD, die allein auf die Aktionseinheit „von unten“ orientierte. Die Chance, eine Politik der Aktionseinheit realisieren zu können, scheint durchaus existent gewesen zu sein, zumal in den proletarischen Quartieren und in den Betrieben zwischen sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten Arbeitern und Erwerbslosen kommunikative Strukturen sowie die Fähigkeit zur Gegenwehr bei faschistischen Provokationen vorhanden und weitgehend funktionsfähig waren.⁸²

Eines scheint sicher: Ohne außerparlamentarische Aktionen konnte die Krise im Interesse der Arbeiter und Angestellten, der „kleinen Leute“ aus unterschiedlichen Klassen und Schichten, wohl nicht überwunden werden.⁸³ Doch dafür fehlte jedes Einverständnis der SPD-Führung. Die Ursache hierfür mag darin gelegen haben, dass sie eine Radikalisierung der Arbeiterklasse und dadurch weitere Einfluss- und „Kontrollverluste“ fürchtete.⁸⁴

So blockierten sich 1931 SPD und KPD gegenseitig, sahen sich primär als Gegner – mitunter sogar als „Hauptgegner“ – denn als potenzielle Partner. Ihre Unfähigkeit, über den jeweiligen Schatten zu springen und Kompromisse auszuhandeln, die fehlende Bereitschaft, gemeinsam in den Parlamenten **und** auf der Straße sowie in den Betrieben gegen die Regierung Brüning zu kämpfen, wuchs im Verlaufe des Jahres weiter an.

So sollte sich bewahrheiten, was Harry Graf Kessler, Diplomat, Schriftsteller und einer der hellstichtigsten Beobachter der politischen Szenerie, am Silvestertag des Jahres 1931 in sein Tagebuch notierte: „Ende eines katastrophalen Jahres und Beginn eines voraussichtlich noch katastrophaleren.“⁸⁵

⁸⁰ Gustav Stolper, Der 24. April, in: Der deutsche Volkswirt. Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, 6. Jg., Nr. 31, 29.4.1932, S. 1011ff.

⁸¹ Vgl. hierzu die in der Rückschau besonders interessante Diskussion, die 1987 zwischen Historikern der DDR und Mitgliedern der Historischen Kommission der SPD in Bonn stattfand: Susanne Miller u. Malte Ristau, Hrsg., Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek 1988, S. 130ff. (Chancen und Scheitern der Weimarer Republik).

⁸² Grundlegend zu dieser Thematik ist die Pionierstudie von Klaus-Michael Mallmann, Kommunismus in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, der für seine Untersuchung allerdings primär Quellen aus dem Saarland heranzieht.

⁸³ Vgl. hierzu Reiner Zilkenat, Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930 und die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB), Phil. Diss. Berlin 1989 u. derselbe, Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3-4, 1987, S. 67ff.

⁸⁴ Die „Berliner Börsen-Zeitung“ berichtete im November 1931 über tatsächliches oder angebliches aktionseinheitliches Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten und resümierte: „Bei den sich häufenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen rechts und links stehen ja buchstäblich Reichsbannerleute, Sozialdemokraten und Kommunisten in einer Einheitsfront.“ Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 540, 19.11.1931, Streiflichter.

⁸⁵ Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918-1937, hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a.M. 1982, S. 693.